

Lilienthaler Ratspolitik

Ratsgruppe Gemeinsam stark für Lilienthal lässt Änderungsvorschläge der Grünen im Bauausschuss durchfallen

Lilienthal. Um den Bau von Solarparks auf der freien Fläche steuern zu können, gilt in der Gemeinde Lilienthal seit mehr als zwei Jahren ein vom Rat beschlossenes Entwicklungskonzept. Die dort festgelegten Kriterien konnte bis auf eine Ausnahme bisher keiner der Antragsteller für seine Flächen erfüllen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist zu dem Schluss gekommen, dass die Bedingungen teils gelockert, teils verschärft werden sollten, wenn sich beim Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen noch etwas tun soll. Eine politische Mehrheit dafür, das zeigte sich jetzt im Bauausschuss des Gemeinderates, gibt es dafür nicht. Die Gruppe „Gemeinsam stark für Lilienthal“ sieht keinen Anlass, an den Vorgaben zu rütteln. Keinen Hehl machte Ausschussvorsitzender Pascal Holz (CDU) daraus, dass seine Gruppe von Strommodulen auf Weiden und Äckern nicht viel hält. „Wir bevorzugen die Windkraft. Das ist unser Weg“, sagte er zur Begründung.

Keine Abstimmung über Einzelpunkte

Insgesamt hatten die Grünen zwölf Änderungsvorschläge eingereicht. So setzen sie sich dafür ein, den Mindestabstand zu Siedlungsbereichen auf 100 Meter zu senken, die Mindestgröße von fünf Hektar pro Anlage aufzuheben und auch die Maximalgröße für Freiflächen-Photovoltaikanlagen entfallen zu lassen. Damit die Stromerzeugung nicht zulasten der Nahrungsmittelproduktion ausfällt, setzen die Grünen auf sogenannte Agri-PV-Anlagen, die eine Bewirtschaftung der Flächen zulassen. Fraktionschefin Christina Klene wollte erreichen, dass über jeden einzelnen Punkt auf der Vorschlagsliste abgestimmt wird, doch das lehnte die Mehrheitsgruppe ab. Ungewöhnlich ist dieser Schritt insofern, weil es im Rat geübte Praxis ist, dem Wunsch nach Einzelabstimmungen nachzukommen, wenn der Antragsteller das so wünscht. Die Ratsgruppe befand, dass dies nicht nötig sei und die Diskussion darüber schon geführt worden sei.

Die Verwaltung hatte auf Nachfrage der Grünen auch ausgerechnet, inwiefern die Gemeinde und auch Nachbarn finanziell durch den Betrieb von Freiflächen-Photovoltaikanlagen profitieren könnten. Das Gesetz schreibt den Anlagenbetreibern vor, dass sie eine Akzeptanzabgabe von 0,2 Cent pro eingespeister Kilowattstunde an die jeweilige Kommune zahlen müssen. Für unmittelbare Anlieger sehen die Vorgaben eine Zahlung von 0,1 Cent vor, allerdings sind sie dazu nicht gesetzlich verpflichtet. Die Lilienthaler Verwaltung hat anhand einer fiktiven Fläche von 20 Hektar und einer angenommenen Strommenge ausgerechnet, dass für die Gemeinde ein jährlicher Betrag von 32.400 Euro in die Kasse fließen könnte. Dementsprechend die Hälfte wären es für die Menschen, die im direkten Umfeld der Anlagen wohnen.

Branchenverband gegen Restriktionen

Der Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen/Bremen (LEE) ist unzufrieden mit der Entwicklung der Freiflächen-Photovoltaik: In Niedersachsen haben laut einer Mitteilung des Branchenverbands im vergangenen Jahr insgesamt 67 Projekte mit einer Leistung von 701 Megawatt einen Zuschlag von der Bundesnetzagentur erhalten. Die Gesamtzahl der Projekte sei überschaubar, Befürchtungen eines übermäßigen Flächenverbrauchs oder zunehmender Nutzungskonflikte würden sich nicht bestätigen. Der Verband spricht sich gegen weitere Beschränkungen bei der Flächenausweisung aus und fordert stattdessen bessere

Rahmenbedingungen für einen „systemdienlichen“ Ausbau der Freiflächen-Photovoltaikanlagen. LEE-Geschäftsführerin Silke Weyberg kritisiert, dass der Ausbau ins Stocken geraten sei, ehe er richtig Fahrt aufgenommen habe. Zusätzliche Restriktionen würden den Ausbau noch weiter ausbremsen. Geht es nach dem Landesverband, sollten Erzeugung und Verbrauch von Strom von Anfang an gemeinsam gedacht werden. Es gelte, die Möglichkeit von lokalen Abnahmekonzepten oder der ortsnahen Direktversorgung von Industrie- und Gewerbegebieten bei der Flächenausweisung frühzeitig zu berücksichtigen. „Wir müssen Flächen effizienter nutzen und Projekte klug kombinieren“, so Weyberg.

Lutz Rode

[Solarpark-Kriterien bleiben unangetastet](#)